

Bremen wächst. Zusammen.**– Eckpunkte für den sozialen Zusammenhalt im neuen Jahrzehnt**

5 Die SPD im Land Bremen steht vor der Erarbeitung ihres Wahlprogramms 2019-2023. Dieses
Programm wird unter besonderen Vorzeichen stehen. Nach harten Jahren der Konsolidierung
hat der Senat mit Carsten Sieling an der Spitze in schwierigen Verhandlungen die finanzielle
Lebensfähigkeit unseres Stadtstaates für die Zeit ab 2020 gesichert. Das bietet die Chance – für
10 uns als führende Regierungspartei aber auch die Pflicht – nun ein Zukunftsprogramm zu ent-
wickeln.

Als Beitrag des Unterbezirks Bremen-Stadt dazu spricht sich der Parteitag für folgende Maß-
nahmen als Eckpunkte für das (zusammen)wachsende Bremen im neuen Jahrzehnt aus:

15 Wir stärken

■ Bremen als „Stadt der guten Arbeit“, indem wir zum Beispiel

- 20 ● Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik von Stadt und Land konsequent an der Siche-
rung und Schaffung guter Arbeitsplätze ausrichten und die Potenziale der Bremen-
eigenen Unternehmen zur Sicherung der Beschäftigung im Lande Bremen zu nutzen.
- in Bremen den Mindestlohn auf ein angemessenes Niveau über die ‚Aufstocker-Grenze‘
25 und schrittweise auf 12 € / Stunde erhöhen werden.
- Im Bremischen öffentlichen Dienst auch weiterhin auf sachgrundlose Befristungen ver-
zichten. Auch Befristungen mit Sachgrund werden wir weiter reduzieren. Insbesondere
für die vielen Beschäftigten, die über Projektverträge wichtige Arbeit für unser Ge-
30 meinwesen leisten, werden wir dauerhafte Lösungen, etwa im Rahmen eines Pools,
entwickeln.
- Tariftreue stärken: um bei öffentlichen Ausschreibungen konsequent Tariftreue z.B.
von privaten Wachdiensten, Catering-Anbieter u.m. zu verlangen, werden wir die von
35 Sozialdemokrat*innen in Europa erkämpfte neuen Entsenderichtlinie schnellstmöglich
ausschöpfen. Wir setzen uns in allen Einflussbereichen für Tarifbindung und insbeson-
dere für Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ein, wie derzeit erfolgreich bei Ho-
tels und Gaststätten. In Unternehmen, die mehrheitlich der Stadtgemeinde Bremen
oder dem Land gehören, ist mindestens die Geltung der Tarifverträge des öffentlichen
40 Dienstes zu vereinbaren.
- Mitbestimmung den Rücken stärken: wir ermutigen alle Beschäftigten sich gewerk-
schaftlich zu organisieren und Betriebs- und Personalräte zu wählen. Die Arbeitgeber
fordern wir auf, Mitbestimmung als Stärke zu erkennen und sehen Betriebsräte als na-
45 türliche Gesprächspartner des Senats. Die gesetzliche Mitbestimmung der Beschäftig-
ten im öffentlichen Dienst werden wir schützen.

- 50 • Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren: mit „LAZLO“ und „PASS“ sind wir den richtigen Schritt gegangen, mit Landesmitteln insgesamt rund 650 öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose zu schaffen. Da ein Großteil der Teilnehmenden realistischer Weise kurzfristig nicht in den ersten Arbeitsmarkt wechseln wird, wollen wir die Mittel dauerhaft bereitstellen und die Programme weiter in Richtung eines sozialen Arbeitsmarktes ausbauen. Dabei sollen vorrangig die nun im Bund bereitgestellten Mittel zur Schaffung eines sozialen Arbeitsmarkts im vollen Umfang genutzt werden.
- 55 • die Ausbildungsgarantie verwirklichen: in Branchen mit Ausbildungsplatzmangel wollen wir nach dem Vorbild der Bau- und Pflegebranche Ausbildungsfonds einrichten. Die Zusagen der öffentlichen Hand werden wir auch in Zukunft einhalten sowie flankierende Hilfen ausbauen und die Ausstattung der Berufsschulen verbessern.
- 60 • berufliche Ausbildung wertschätzen: Wir werden das Begrüßungsgeld für Azubis fortführen und die Beantragung weiter vereinfachen. Wir arbeiten dafür, dass Auszubildende soziale Hilfen im Bereich Wohnen und Mobilität erhalten, wie dies auch Studierende tun.
- 65 • die Ausbildung in den sozialen Berufen aufwerten: duale Ausbildung soll auch für Erzieher*innen selbstverständlich werden. In den therapeutischen Berufen führen wir die Lehrgeldfreiheit ein.
- 70 • auf dem Wege zu einer Bürgerversicherung das Solidarsystem stärken: Bremer Beamten wollen wir künftig nach Hamburger Vorbild auch faktisch die Möglichkeit geben, sich für eine gesetzliche Krankenversicherung zu entscheiden.
- 75 • das Streben von HiWis an den Hochschulen nach einem Tarifvertrag konstruktiv begleiten. Wir begrüßen die wieder zunehmende gewerkschaftliche Organisation auch unter jungen Akademiker*innen.
- 80 ■ **...bezahlbares Wohnen und soziale Stadtentwicklung, indem wir zum Beispiel**
 - anstreben, 2.500 neue Wohnungen pro Jahr zu bauen.
 - den Anteil der geförderten Wohnungen von 25% auf 30% steigern.
 - 85 • den Senat auffordern, im Rahmen von Ausschreibungsverfahren den Bau von Mietwohnungen im mittleren Marktsegment auf stadteigenen Grundstücken zu ermöglichen. Dazu sind insbesondere sog. 8 €-Häuser mit einer Nettokaltmiete von 8 € / qm in serieller Bauweise vorzusehen.
 - 90 • vielfältige Quartiere und soziale Durchmischung in unserer Stadt vorantreiben. Der geförderte Wohnungsbau für Personen mit mittlerem und geringerem Einkommen soll in allen Stadtteilen und Ortsteilen stattfinden. Dazu dient auch die Initiative der SPD-Bürgerschaftsfraktion, in Quartieren des Programms Soziale Stadt den Wohnungsbau von Familien mit minderjährigen Kindern durch einen Zuschuss von 15.000 € zu erleichtern.

- 95
- wir auch eine Nutzungsmischung fordern: es soll keine reinen Schlafstädte oder Einkaufszonen geben. Wir fördern die Vielfalt im Quartier durch unterschiedliche Wohnprojekte: Wohnangebote für Studierende und Auszubildende, gemeinschaftliche Wohnformen wie Wohn- oder Hausgemeinschaften, Seniorenwohnen mit Serviceangeboten. Dies fördert auch die Altersmischung.

100

 - bei der Vergabe öffentlicher Flächen auch mit dem Instrument des Erbbauvertrags arbeiten, um auch u. a. jungen Familien Wohnungseigentum zu ermöglichen.
 - aktiv Schrottimmobilien und Grundstücksbrachen bearbeiten, damit betroffene Ortsteile sich nicht negativ weiterentwickeln. Die Instrumente dafür sind bekannt, sie müssen geschaffen werden (z. B. Bremerhaven).

105

 - den Leerstand bekämpfen. Dafür muss das durch die SPD-Fraktion vorbereitete Gesetz angewendet werden, d. h. der Leerstand muss durch eine Verwaltungseinheit bearbeitet werden.

110

 - die GEWOBA in städtischer Hand erhalten und ihre Neubauaktivitäten fortführen. Möglichkeiten zur Rückkehr weiterer Gesellschaften in die öffentliche Hand (z.B. Brebau) werden wir nutzen.

115

 - vorhandenen Gebäudebestand, dessen ursprüngliche Zweckbestimmung nicht mehr zeitgemäß ist, wie z.B. das Bundeswehrhochhaus und die Scharnhorst-Kaserne durch die Stadt erwerben, um hier neuen Wohnraum insbesondere für Auszubildende und Studierende zu schaffen.

120

■ **...unsere KiTas und Schulen, indem wir zum Beispiel**

 - Planungssicherheit und Zeit für Qualität geben: Wir bieten den anderen Parteien an, den Schulkonsens zu verlängern. Wir schlagen vor, den Konsens um den von Claudia Bogedan entwickelten Qualitätspakt zu erweitern.

125

 - KiTas und Schulen in schwieriger Lage gezielt entlasten und fördern (Bildungsverstärkungsbudgets, Zuweisung nach realitätsgetreueren Sozialindikatoren, Entlastungsstunden an Schulen). Damit machen wir auch die Arbeit an diesen Schulen attraktiver.

130

 - perspektivisch alle Gymnasien an der Inklusion beteiligen.
 - den Ausbau der Ganztagschulen zügig fortsetzen.

135

 - ab dem Jahr 2020 eine Sanierungsoffensive für unsere Schulen starten.
 - den KiTa-Ausbau mit voller Fahrt fortsetzen: wir wollen in jedem Stadtteil eine Versorgungsquote von 70% (Krippen) bzw. 100% (Kindergärten). Ziel ist, die sogenannten „Quartalskinder“ in die U3-Betreuung zu integrieren. Wir wollen zudem die ganztägigen Betreuungsangebote weiter ausbauen. Unser nächstes Ziel ist hier, dass nach den Kindergärten auch in den Krippen kein Kind ohne Mittagessen nach Hause geht.

140

- 145 • die Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung ab dem KiTa-Jahr 2019 für alle 3-6 Jäh-
rige Kinder abschaffen.
- 150 • Eine Qualitätsoffensive für Bremens KiTas starten, um sie als Ort frühkindlicher Bildung
zu stärken und verlässliche Betreuung für die Eltern zu gewährleisten, indem wir uns
insbesondere in sozial geforderten Stadtteilen für eine den angestiegenen Anforde-
rungen angemessene Fachkräfte-Kind-Relation und auch weiterhin für eine so früh wie
möglich ansetzende Verzahnung und Kooperation der pädagogischen Konzepte der
KiTas und Schulen einsetzen.
- 155 • bei der städtebaulichen Planung von KiTas und Schulen sozialräumliche Aspekte wie
eine gute soziale Durchschmischung berücksichtigen und den Grundsatz „kurze Beine,
kurze Wege“ befolgen.
- 160 • den Beruf der Erzieher*innen weiter aufwerten und attraktiver machen, indem wir uns
für eine flächendeckend bezahlte, praxisintegrierte („duale“) Ausbildung, zusätzliche
Weiterbildungsmöglichkeiten bis hin zum Studium der „Sozialen Arbeit“ sowie die ta-
rifliche Anerkennung von Zusatzqualifikationen und der Tätigkeit in jenen KiTas einset-
zen, in denen besonders viel Zeit für Spracherwerb und Elternarbeit investiert werden
muss.
- 165 • die Ausgaben je Kind, Jugendliche und Auszubildende auf das Niveau von Berlin und
Hamburg zu heben.
- 170 ■ **...das sichere und saubere Zusammenleben in unseren Quartieren, indem wir zum Bei-
spiel**
 - die Kontaktpolizisten zeitnah nachbesetzen.
 - den Kurs, den Schwerpunkt auf Präsenz der Polizei „auf der Straße“ zu legen, fortsetzen
und durch den notwendigen Bau neuer Zentralstandorte in West und Nord absichern.
 - 175 • den von uns geschaffenen Ordnungsdienst schrittweise und bei Vermeidung von Dop-
pelstrukturen auf 100 Bedienstete mit entsprechender Qualifizierung ausweiten, um
verlässliche Präsenz in den Quartieren zu gewährleisten.
 - 180 • den Kurs der Rekommunalisierung fortsetzen, weil Daseinsvorsorge in öffentliche Hand
gehört. Möglichkeiten zur Rekommunalisierung wollen wir auch in Zukunft nutzen, nö-
tigenfalls schrittweise.
 - 185 • die anerkannte Präventionsarbeit weiter stärken und das neue ressortübergreifende
Kompetenzzentrum für Prävention und Erforschung von Salafismus verstetigen.
- 190 ■ **den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft, indem wir zum Beispiel**
 - dem Vorschlag der Landesvorsitzenden folgend städtische Busse und Bahnen für Bre-
mer Kinder und Jugendliche schrittweise kostenlos gestalten, um ihre Teilhabe gerade
in den innenstadtfernen Stadtteilen zu erweitern.

- den Zugang zu Museen und Kunstausstellungen durch mindestens einen kostenfreien Eintrittstag pro Woche allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ermöglichen.
- 195 • beginnend mit einem Pilotprojekt freies WLAN in sozial herausgeforderten Stadtteilen ermöglichen.
- das erfolgreiche Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) auch in Zukunft fortsetzen.
- 200 • die Quartierszentren in den Stadtteilen zu Zentren für kulturelle und Weiterbildung (Kinder, Jugendliche, Erwachsene), Integration und Gesundheitsprävention stetig ausbauen.
- 205 • uns für eine gleichberechtigte Versorgung mit Kinder- und Hausärzten in den Stadtteilen einsetzen.
- uns auf Bundesebene weiterhin für eine sozial gerechte Familienpolitik einsetzen. Unser Ziel ist eine armutsfeste Kindergrundsicherung.
- 210 • die hohe Zustimmung zur Integrationspolitik in Bremen als Auftrag begreifen, die engagierte Stadtteilarbeit in diesem Bereich fortzusetzen und abzusichern.
- die Angebote für von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffene Menschen stärken.
- 215 • das Rat&Tat-Zentrum als unerlässliche Institution für die LGBTIQ-Community. Absichern
- uns für eine menschenwürdige Altenpflege einsetzen. Im stationären aber auch im ambulanten Bereich müssen Qualitätsstandards eingehalten werden, ebenso muss die Heimaufsicht genauso gestärkt werden wie die Mitwirkungsrechte der Bewohner*innen. In der ambulanten Pflege ist eine ausreichende Unterstützung sicherzustellen.
- 220